

KEIN PLATZ FÜR BRAUNE HETZE AN UNSERER SCHULE

WAS TUN, WENN RECHTSEXTREME WAHLWERBUNG VERTEILEN?

Handlungsmöglichkeiten für Schulleitungen und Kollegien für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2016.

Rechtsextreme Parteien in Pankow

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist in Berlin sowohl auf Landesebene als auch in diversen Bezirken in Form von Kreisverbänden aktiv. Pankow gehört seit einigen Jahren zu den aktivsten Kreisverbänden. Ausgehend vom Pankower Norden fand seit 2013 eine zunehmende Professionalisierung rechtsextremer Strukturen unter dem Dach der NPD statt. Die Errichtung mehrerer Unterkünfte für Geflüchtete nutzte die NPD, indem sie die Debatte in den verschiedenen Ortsteilen von Pankow rassistisch auflud und in Form von Infoständen, Kundgebungen und Aufmärschen versuchte, die Stimmung zu beeinflussen. Aber auch Sprechstunden demokratischer Politiker_innen und Bürgerversammlungen wurden von NPD-Mitgliedern besucht, um dort vor allem die Unterbringung von Geflüchteten rassistisch zu kritisieren. Ausgehend von NPD-Aktivist_innen an Infoständen kam es immer wieder zu Gewalttaten gegenüber Personen, die sich gegen die rechtsextreme Propaganda aussprachen.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den aktiven Rechtsextremen mehrheitlich um junge Erwachsene handelt, ist anzunehmen, dass vor allem Erstwähler_innen im Fokus ihrer Wahlkampagne stehen werden. Das Anbringen von Propaganda und die Durchführung von Verteilaktionen und Infoständen sind zu erwarten. In der Vergangenheit wurde in solchen Fällen unter anderem die sogenannte »Schulhof-CD« gratis verteilt, auf der sowohl rechtsextreme Musik als auch Propaganda zu finden war.

Rechtliche Grundlagen zur Durchführung von Infoständen

Das Verteilen von Werbematerialien bedarf keiner gesonderten Genehmigung. Das Aufstellen eines Informationsstandes hingegen unterliegt u.a. folgenden Richtlinien:

- Ankündigung zwei Tage im Voraus beim zuständigen Polizeiabschnitt, sofern eine Dauergenehmigung vorhanden ist. Anderenfalls muss der Stand ca. zwei bis drei Wochen vorher angemeldet werden
- deutlich und gut sichtbare Kennzeichnung des Standes (Bezeichnung der Institution, des Vereins usw.)
- keine aggressiven Werbe- und Informationsmethoden
- eine mindestens 2 Meter breite Fläche für Fußgänger_innen muss vor dem Stand vorhanden bleiben.

Beispielhafte Handlungsmöglichkeiten für Lehrer_innen

Präventive Maßnahmen

- Neben der Schulleitung und dem Kollegium werden auch die Schüler_innen- und Elternvertretung in den Umgang mit der Problemstellung miteinbezogen, um frühzeitig Unterstützung und Verbündete zu finden
- In der Schule verständigen sich alle Mitarbeitenden auf eine Vorgehensweise (Wer wird im Ernstfall informiert? Wer übernimmt welche Maßnahmen?)
- Beim Ordnungsamt anfragen: Liegt für den Standort eine Dauergenehmigung vor?
- Schul-AG bilden, die sich im Vorfeld auf kreative Aktionen vorbereitet
- Fachprojekte, wie die MBR und [moskito] kontaktieren (Durchführen von Fortbildungen und Beratungen zu rechtsextremer Ideologie und Handlungsstrategien, Vernetzung vor Ort)
- U18-Wahlen an der Schule veranstalten
- Themen der NPD im Unterricht aufgreifen, um mit den Schüler_innen eine Kritik der rassistischen und rechtsextremen Ideologie und Positionen zu entwickeln
- Gegenkultur etablieren, bspw. die Schülerzeitung »Kein Bock auf Nazis« an der Schule auslegen.

Unmittelbare Intervention

- Das Ordnungsamt benachrichtigen und anfragen, ob der Stand genehmigt ist
- Den örtlichen Polizeianschnitt hinzubitten: Prüfen lassen, ob Straftaten vorliegen (z.B. Verteilen von jugendgefährdenden Medien), mögliche Verletzungen des Hausrechts mit Hilfe der Polizei beenden, Personalien aufnehmen lassen
- Sicherheit: Ist der Zugang zur Schule für alle Schüler_innen ohne Gefährdung möglich? Werden Menschen bedroht, eingeschüchtert, beschimpft?
- Schüler_innen die Möglichkeit geben, das Material kreativ zu entsorgen und so verhindern, dass es in der Schule weiterverteilt wird (z.B. die »braune Tonne«).

Jugendgerechte Gegenaktionen

- »Braune Tonne«, Häcksler, Schredder o.ä. gegen NPD-Wahlwerbung am Schuleingang aufstellen
- »Erste Hilfe gegen Nazis«-Materialkoffer bereitstellen (mit Dingen wie Banner, Flyern, Kreide, Konfetti bestückt), welcher im Ernstfall genutzt werden kann
- die rechtsextreme Aktion dokumentieren (dabei auf die eigene Sicherheit achten) und an folgende Stellen melden: Schulaufsicht, MBR und Pankower Register.

Für die konkrete Planung von schulinternen Handlungsstrategien, eine Beratung nach Vorfällen oder für eine bezirkliche Vernetzung stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Gleimstraße 31 | 10437 Berlin
030 817 985 813
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de
www.facebook.de/mbrberlin

Moskito – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Vielfalt

Fehrbelliner Straße 92, 10119 Berlin
030 443 7179
moskito@pfefferwerk.de
www.pfefferwerk.de/moskito

ReachOut Berlin

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159, 10969 Berlin
030 695 68 339
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de